

Ein großer Schritt in Richtung eines föderalen Europas

- *Koalitionsvertrag zwischen Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen in Deutschland veröffentlicht*

Mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ legten die Spitzenvertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Freien Demokraten (FDP) am 24. November 2021 ihren Koalitionsvertrag nach rund einmonatigen Verhandlungen vor. Der 178 Seiten umfassende Vertrag soll die Grundlage für die Zusammenarbeit der drei Parteien, die Bundesregierung für die nächsten vier Jahren bilden wollen.

Das siebte von insgesamt 9 Kapiteln befasst sich mit „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“. Als größter Mitgliedstaat soll Deutschland seine besondere Verantwortung in einem dienenden Verständnis für die EU als Ganzes wahrnehmen. Deutsche Interessen sollen im Lichte europäischer Interessen definiert.

Zu den ambitioniertesten Zielen der Ampel-Koalition gehört die Weiterentwicklung der Europäischen Union in entscheidenden Bereichen: So soll die Konferenz zur Zukunft Europas in einen verfassungsgebenden Konvent münden zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen, der dezentral auch nach den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit organisiert ist und die Grundrechtecharta zur Grundlage hat. *„Das klare Bekenntnis der Koalitionspartner zur Schaffung einer Europäischen Föderation begrüßen wir als Union der Europäischen Föderalisten sehr. Die Forderung der Schaffung einer Europäischen Föderation fordern wir zusammen mit unseren Sektionen seit unserer Gründung vor 75 Jahren“*, sagt **Sandro GOZI**, Präsident der UEF und MEP. *„Es scheint, als haben die Koalitionspartner unsere Positionspapiere gelesen, denn der vorlegte Koalitionsvertrag enthält weitere UEF-Positionen, die wir zuletzt in unserem Appell „Our federal Europe – sovereign and democratic“ zusammengefasst haben. Dieser Appell wurde bereits von mehr als 500 hochrangigen Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft unterzeichnet.“*

Des Weiteren beabsichtigen die Koalitionspartner, die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken, insbesondere beim Initiativrecht. Dies hatte die UEF der letzten Plenary der Conference on the Future of Europe (CoFoE) gefordert. Die Koalitionsvertrag enthält die Forderung eines europäischen Wahlrechts mit starken Spitzenkandidaten und transnationalen Listen. *„Ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen wird zur Bildung echter europäischer Parteien führen“*, unterstreicht **Sandro GOZI**. *„Die klare Positionierung im Koalitionsvertrag ist ermutigend mit Blick auf die Verhandlungen im Rat. Im Europäischen Parlament diskutieren wir gerade den Bericht zum Electoral Law, den der Vice-Präsident der UEF und MEP Domènec Ruiz Devesa als Berichtersteller verfasst hat.“*

Ein besonderer Fokus liegt auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, bestehende Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und zeitnah zu nutzen und durchzusetzen. Die liberalen Demokratien sollen befähigt werden, Desinformation, Fake-News,

Kampagnen, Propaganda aus dem sowie Manipulationen aus dem In- und Ausland besser abzuwehren. Weiter sprechen sich die Koalitionspartner für den Vorrang der Gemeinschaftsmethode aus. An die Stelle der Einstimmigkeit im Rat sollen zumindest in der Außen- und Sicherheitspolitik Mehrheitsentscheidungen treten, der Europäische Auswärtige Dienst soll reformiert und gestärkt werden und ein echter EU-Außenminister den Hohen Vertreter ersetzen. Der Gemeinschaftsmethode soll Vorrang gegeben werden, aber dort, wo es nötig, auch nur mit einzelnen Mitgliedsstaaten vorangegangen werden.

Die Forderungen und Bekenntnisse zu einer starken Europäischen Union und zu europäischer Souveränität im Koalitionsvertrag von Social Democrats, Greens and Liberals decken sich in vielen Punkten mit vielen Positionen der UEF. Die Ziele sind ambitioniert und vielversprechend Von dem Mitgliedstaat Deutschland kann somit, neuer Schwung und neue Impulse in die notwendige, weitere Vertiefung der Europäischen Union gebracht werden. Der Koalitionsvertrag hat also Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Es gilt nun, den Worten Taten folgen zu lassen.